

Am 4. Februar

wurde in Belgien erstmals offiziell

eine Infektion

mit dem COVID-19-Virus festgestellt.

Hinter uns liegen 5 Monate extremer Anstrengungen,

schwerer Entbehrungen und bitterer Verluste.

Mittlerweile haben sich weltweit **14 Mio.** Menschen

mit dem Virus infiziert.

Mehr als 600.000 Menschen sind mit COVID 19 gestorben.

Um der einzigartigen

sanitären Bedrohung zu begegnen,

bedurfte es weitreichender,

mitunter drastischer Maßnahmen.

Soziale Kontakte,

Berufs- und Familienleben

wurden stark eingeschränkt.

Schulen mussten während mehrerer Wochen schließen.

Freizeitaktivitäten wurden verboten.

Mittlerweile wurde die Einschränkungen wieder schrittweise gelockert.

Wir befinden uns in der 4. Phase der belgischen Exitstrategie.

Aber die Krise ist noch nicht vorbei.

Im Gegenteil, wir befinden uns inmitten dieser Krise.

Die Infektionszahlen steigen wieder rasant an.

Alleine in den letzten Tagen um mehr als 60 %.

Das ist zwar noch kein Flächenbrand,

weil die Infektionsherde lokal eingegrenzt werden können.

Aber die aktuelle Entwicklung ist beunruhigend.

Ob und wann wir in die 5. Phase der Exitstrategie einsteigen können,

ist vor diesem Hintergrund äußerst fraglich.

Wir haben die sanitäre Lage gestern  
in einem Sonderkonzertierungsausschuss evaluiert.  
Morgen werden sich der Konzertierungsausschuss  
und am Donnerstag  
der Nationale Sicherheitsrat erneut damit beschäftigen.

Fest steht,

Wir haben mehr denn je ein grosses Interesse daran,  
die berühmten 6 goldenen Verhaltensregeln strikt zu befolgen.

Abstand halten, Hygieneregeln beachten, Masken tragen,  
Testen, Tracen und Clustern...

.... solange es kein Medikament gegen dieses Virus gibt,  
solange sind das die einzigen Instrumente,  
über die wir verfügen,  
um eine 2. Welle  
und - damit verbunden -  
einen erneuten nationalen Lockdown zu verhindern.

Wir alle sind verantwortlich,  
für die Welt, in der wir leben.

Wir alle tragen Verantwortung,

... nicht nur für uns selbst, sondern auch für unsere Mitmenschen.

Die Krise ist also bei weitem nicht überwunden;

dennoch hält es die Regierung für angemessen,

dem Parlament noch vor der Sommerpause

in aller Offen- und Ehrlichkeit

einen Zwischenbericht

über die Bemühungen zur Krisenbewältigung

in der DG vorzulegen.

Wir müssen das nicht tun. Aber wir wollen das tun.

Deshalb haben wir Ihnen am Dienstag dazu

eine ausführliche Regierungsmitteilung

mit zahlreichen Anlagen zukommen lassen.

Ich verzichte heute darauf,

Ihnen diese Mitteilung vorzulesen.

Dafür würde ich etwa 2 Stunden brauchen.

Und das möchte ich Ihnen nicht antun.

Ich begrenze mich heute also auf eine kurze Zusammenfassung:

Am 18. März wurde für ganz Belgien die sogenannte föderale Phase des Krisenmanagements ausgerufen.

Unter Einbeziehung aller Gliedstaaten wurde der Nationale Sicherheitsrat damit beauftragt, alle zur Krisenbewältigung notwendigen Maßnahmen zu beschließen.

Dank des Autonomiestatutes unserer Gemeinschaft durfte die Regierung der DG dort von Anfang an ihre Meinung sagen und die Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung vertreten.

Von dieser Möglichkeit haben regen Gebrauch gemacht.

So konnten wir zum Beispiel sicherstellen, dass alle relevanten Informationen zeitnah in deutscher Sprache zur Verfügung standen.

Die hiesigen Entscheidungsträger  
und die Bevölkerung  
wurden zeitnah  
über alle Beschlüsse und Entwicklungen  
in ihrer Muttersprache informiert.

Ohne die Autonomie der DG wären  
die Informationsflüsse  
viel langsamer gewesen.

Ohne die Autonomie der DG wären all diese Informationen  
womöglich überhaupt nicht  
in die deutsche Sprache übersetzt worden.

Ohne die Autonomie der DG wäre es auch niemals möglich gewesen,  
den besonderen Bedürfnissen unserer Bevölkerung  
im Unterrichtswesen, im Gesundheitswesen, in der Seniorenpflege,  
in der Kultur, im Sport, in der Jugendpolitik  
oder auch im gesellschaftlichen Zusammenleben  
Rechnung zu tragen.

Ohne die Autonomie der DG wären  
z.B. auch die belgischen Staatsgrenzen

am 30.05. nicht für Familienbesuche geöffnet worden.

Unsere Entscheidungsbefugnisse

waren und bleiben in der föderalen Phase sehr begrenzt.

Aber wir durften wie alle anderen Gliedstaaten jederzeit Vorschläge machen.

Natürlich wurden nicht all unsere Vorschläge angenommen.

Aber die Meinung der DG wurde immer ernst genommen

und in einigen durchaus wichtigen Frage auch übernommen;

vor allem dann, wenn es darum ging,

schwierige Kompromisse zu finden und Brücken zu bauen.

Einerseits geht es seit Beginn der Krise darum,

die Anzahl neuer Corona-Fälle

möglichst zu verringern

und unser Krankenhaussystem nicht zu überlasten.

Ohne die Maßnahmen des Nationalen Sicherheitsrates

wäre unser Krankenhauswesen

zweifelloos zusammengebrochen,

mit katastrophalen Folgen für alle Menschen,

die medizinische Hilfe brauchen.

Andererseits müssen stets auch  
die Rechte der Bürgerinnen und Bürger  
bestmöglich berücksichtigt werden.

Das war, ist und bleibt eine sensible Gratwanderung  
zwischen der Wahrung von fundamentalen Grundrechten einerseits  
und dem Schutz von Menschenleben andererseits.

Gemeinsam,  
meistens im Einvernehmen  
und größtenteils ohne politische Grabenkämpfe  
haben sich Föderalstaat und Gliedstaaten  
der größten sanitären Herausforderung  
seit dem Zweiten Weltkrieg  
zu stellen versucht.

Über Sprach- und Gemeinschaftsgrenzen hinweg  
wird seit Beginn der Krise konstruktiv zusammengearbeitet  
und nach Kompromissen gesucht.



Um die Auswirkungen der Krise  
auf Vereinigungen,  
Institutionen und Betriebe in Ostbelgien zu mildern,  
hat die Regierung der DG  
in engem Austausch mit dem Parlament, den Sozialpartnern,  
den Gemeinden und anderen relevanten Stellen  
darüber hinaus  
viele eigene, spezifische **Maßnahmen** beschlossen.

Die weitreichende Autonomie der DG,  
verbunden mit den hier üblichen kurzen Wegen,  
hat es uns erlaubt,  
in kurzer Zeit ein effizientes Krisenmanagement aufzubauen.

Einerseits wurden die Dienstleistungen des Ministeriums  
während der Krise größtenteils aufrechterhalten.

Andererseits erforderte die Krise  
von Anfang an ein entschlossenes Handeln der Regierung  
in Form von Hilfspaketen und Unterstützungsangeboten.

Für das Unternehmen DG  
waren die letzten Monate wahrlich  
Zeiten des Ausnahmezustandes.

Für eine optimale Koordinierung des Krisenmanagements  
wurde sehr schnell ein **Jour fixe Corona** eingesetzt,  
um fachübergreifend über notwendige Maßnahmen zu beraten.

Wir haben uns stets bemüht,  
Bürgerinnen und Bürger in Problemsituationen zu begleiten.  
Dafür gibt es tausende – ja tausende konkrete Beispiele.

Leitfäden, FAQs, Hauswurfsendungen  
und andere Publikationen wurden veröffentlicht.

Häufig in Zusammenarbeit mit der Übersetzungsstelle in Malmedy,  
die eine hervorragende Arbeit geleistet hat  
und bei der wir uns herzlich bedanken möchten.

Eine eigene Corona-Hotline wurde eingerichtet,  
wo bis zum 19. Juni 4.175 Anfragen eingingen.

Auch vermittelte die Regierung  
in enger Zusammenarbeit mit dem Außenministerium  
erfolgreich  
dutzende Rückführungsanfragen  
von ostbelgischen Bürgerinnen und Bürgern  
aus dem weltweiten Ausland.

Mit drei Krisendekreten brachten Parlament und Regierung  
Alsdann spezifische Sondermaßnahmen auf den Weg.

Das **erste Krisendekret** vom 6. April  
beinhaltete zahlreiche administrative Regelungen.

Als einziger Regierung in Belgien wurden uns dabei  
keine umfassenden Sondervollmachten übertragen.

Mit dem ersten Krisendekret  
wurde vor allem ein erster Hilfsfonds  
in Höhe von 10 Millionen EUR eingerichtet.

Am 27. April wurde ein **zweites Krisendekret**,  
mit dem Ziel verabschiedet,

die Folgen der Corona-Pandemie  
auf unseren Arbeitsmarkt  
abzufedern.

Und heute liegt Ihnen der Entwurf  
eines **dritten Krisendekrets**,  
vor.

Mit diesem Dekret wollen wir insbesondere  
den Tourismussektor unterstützen,  
der unter dieser Krise bekanntlich besonders stark leidet.

Außerdem wollen wir der mittelständischen Ausbildung  
zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen,  
um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken.

Zudem sollen sozialschwächere Familien,  
die, wie wir wissen,  
in diesen Zeiten existentielle Probleme durchleben,  
eine Sonderzahlung  
in Höhe von 235 Euro pro Kind erhalten.

Kolleginnen und Kollegen

den wohl wichtigsten Beitrag zur Krisenbewältigung

haben die **Ärzte und Pflegekräfte** geleistet.

Ihre Leistung verdient großen Respekt und dankbare Anerkennung.

Von Beginn an standen Regierung und Ministerium

in tagtäglichem Kontakt

mit den **Diensten des Gesundheitssektors**.

Wir haben binnen weniger Tage

ein eigenes Logistiksystem

für Hygiene- und Schutzmaterialien eingerichtet

und mit hochwertigem Material ausgestattet.

So konnten Engpässe,

wie sie anderswo im Land beklagt wurden,

hierzulande vermieden werden.

Die DG hat für mehrere Millionen EUR

Schutzmaterial eingekauft

und über ihre Zuständigkeiten hinaus

an Gesundheitsdienstleister und Einrichtungen verteilt.

Mit den Hausärzten fand ebenfalls ein regelmäßiger Austausch statt.

Hausärzte, aufsuchende Dienste und Häusliche Hilfe erhielten mannigfache Unterstützungen.

In logistischer Zusammenarbeit mit den Gemeinden erhielten zudem alle Bürgerinnen und Bürger kostenlose Stoffmasken, die zu 100% von der DG finanziert wurden.

Ebenso wie die 3 Regionen unseres Landes ist die DG für die Durchführung des **Contact Tracings** und die Einrichtung sogenannter Kontaktzentren verantwortlich.

Damit haben wir in der Praxis bereits am 07. Mai begonnen.

**Der Corona Kontakttracing-Zentrale** stehen **25 geschulte Mitarbeiter** zur Verfügung, wovon momentan **14 aktiv** sind.

Struktur und Arbeitsweise unserer Kontakttracings werden von den Experten als vorbildlich eingestuft.

Es funktioniert nicht nur auf dem Papier  
sondern auch in der Praxis.

Das Dekret zur Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage  
soll heute verabschiedet werden.

In diesem Zusammenhang haben wir auch eine Strategie entwickelt,  
um sogenannte **Cluster** schnell aufspüren  
und Infektionsherde eindämmen zu können.

Davon wird abhängen,  
ob es unserem Land gelingt,  
einen erneuten Flächenbrand zu verhindern.

Die **Wohn- und Pflegezentren** für Senioren  
waren von der Coronavirus-Pandemie  
besonders hart betroffen.

31 positiv getestete Bewohner und neun Verdachtsfälle  
sind mittlerweile leider verstorben.

Die Mitarbeitenden der Zentren  
haben vorbildliches Engagement gezeigt.

Sie haben von Anfang an ihr Möglichstes getan,  
um die Bewohner optimal zu schützen.

Am 11. März erfolgten ein Besuchsverbot  
und ein Aufnahmestopp in den Wohn- und Pflegezentren.  
Hygieneschulungen wurden angeboten,  
Materialien verteilt,  
Isolierbereiche und Quarantäneeinheiten errichtet.

Ein mobiles Ärzte- und Krankenpflegeteam  
sowie ein Outbreak-Support-Team wurden eingesetzt,  
um das Personal zu unterstützen.

Am 16. April wurde eine Vereinbarung  
zur Durchführung von PCR-Tests  
in den Wohn- und Pflegezentren  
und im psychiatrischen Pflegewohnheim  
getroffen.



Obwohl die DG hierfür nicht zuständig ist,  
haben wir zudem eigene Testmaterialien und Laborkapazitäten  
eingekauft,  
um sicherzustellen,  
dass ausreichend Testkapazitäten zur Verfügung stehen.

Und wir haben  
eine **substanzielle, strukturelle finanzielle Aufwertung** der Gehälter  
von bis zu 23 % beschlossen.

Ich sagte eben bereits,  
dass die Pflegekräfte unseren Dank und unsere Anerkennung verdienen.

Das darf nicht nur in Worten geschehen.

Das muss auch in Taten münden.

Und zwar unabhängig von Krisenzeiten.

Deshalb haben wir kürzlich mit den Sozialpartnern  
ein neues Abkommen geschlossen und vereinbart,  
alle,  
schon vor der Krise geplanten Gehaltserhöhungen

vorzuziehen

und im September 2020

vollständig in Kraft treten zu lassen.

Nur anderthalb Jahre nach Übernahme dieser neuen Zuständigkeit nehmen wir also jetzt eine spürbare Aufwertung der Gehaltstabellen für Pflegekräfte vor.

Die DG wird in diesem Bereich schon in wenigen Wochen belgienweit die höchsten Gehälter finanzieren.

Im neuen Abkommen mit den Sozialpartnern verpflichtet sich die Regierung auch dazu, schon im ersten Halbjahr 2022 eine deutliche **Verbesserung der Personalnormen** vorzunehmen.

Dadurch soll das Personal in seiner wertvollen, anspruchsvollen und anstrengenden Arbeit spürbar entlastet werden können.

Das ist aus unserer Sicht mindestens so wichtig wie die Gehaltserhöhungen

Für den gesamten **Sozialbereich** war die Krise sehr herausfordernd.

Die DG hat in diesem Sektor

Lohnfortzahlungen in einem Ausmaß finanziert,  
das anderswo im Land für Erstaunen gesorgt hat  
und für das sich die Sozialpartner übrigens  
kürzlich ausdrücklich bedankt haben.

Im Bereich der **Kinderbetreuung** wurden

von Anfang an für alle Eltern in essenziellen Berufen  
Betreuungslösungen geschaffen.

Für konventionierte, selbstständige Tagesmütter

und Tagesmütterhäuser

wurden Einkommensausfallentschädigungen eingeführt.

Den Tagesmüttern in der DG

wurden die belgienweit höchsten Entschädigungen gewährt.

Außerdem haben wir die Bezuschussungsbestimmungen angepasst, um die Angebote in der Kinderbetreuung aufrecht zu erhalten und Kurzarbeit oder Entlassungen zu verhindern.

### Der gesamte **Bildungsbereich**

wurde unmittelbar nach dem Ausrufen der föderalen Phase von heute auf morgen in einen nie gekannten Krisenmodus versetzt.

Alle Bildungseinrichtungen wurden innerhalb weniger Tage geschlossen und gezwungen, alternative Angebote zu entwickeln.

So etwas haben wir in Friedenszeiten noch nicht erlebt.

Das war eine riesige Herausforderungen sowohl und ganz besonders für alle Beschäftigten vor Ort als auch für Regierung und Ministerium.

Die Regierung hat sich nach Kräften und mit hohem Aufwand bemüht, die Bildungseinrichtungen zu unterstützen.

Für die mittelständische Ausbildung  
wurden zum Beispiel dringende Abweichungsregeln festgelegt.

In der Erwachsenenbildung wurden Fristen verschoben,  
Zuschussgarantien ausgesprochen  
und zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Im **Unterrichtswesen** wurde  
allen Personalmitgliedern eine Lohnfortzahlung garantiert.

Während des „Lockdowns“  
wurde in allen Schulen  
eine Schülerbetreuung organisiert.

Mehrtägige Schulreisen mussten storniert werden.

Zur Entlastung der Erziehungsberechtigten  
übernahm die Regierung die nicht-erstattbaren Reisekosten.

Mit dem Ende der Osterferien  
wurden den Schülern „pre-teaching“-Inhalte vermittelt,  
um Corona-bedingt verlorene Zeit

schneller aufholen zu können.

Über die Schulen und ZAWM

verteilte die Regierung

Laptops an bedürftige Schüler und Lehrlinge.

Zahlreiche Schulleiterversammlungen fanden statt,

um angemessene Lösungen

für die Wiederaufnahme des Unterrichts auszuarbeiten.

Dokumente zu Hygienemaßnahmen und Arbeitsschutz wurden erstellt.

Alle Schulen erhielten Hygienematerialien und Stoffmasken.

Prüfungsregelungen wurden den Umständen entsprechend angepasst.

Und nicht zuletzt wurde frühzeitig

mit den notwendigen Vorbereitungen

für das neue Schuljahr 2020-2021 begonnen.

Für den Bereich **Beschäftigung**

wurde eine „Task Force Wirtschaft“ gegründet,

um Informationen zu bündeln

und hunderte Einzelfragen von Betrieben zu beantworten.

Zur Stärkung des hart getroffenen **Tourismussektors**

beschloss die Regierung finanzielle Direkthilfen

in Höhe von 2,5 Mio. EUR.

Auch der **Kultursektor** ist von Corona stark betroffen.

Die Regierung gewährte deshalb

sehr schnell Zuschussgarantien

und finanzielle Soforthilfen.

Die professionellen Kulturträger wurden zudem dazu angehalten,

Künstlern und Technikern Honorarausgleiche zu zahlen.

Derzeit bringen wir ein weiteres Hilfspaket auf den Weg.

Der **Mediensektor** leidet ebenfalls unter bedrohlichen,

für einige Anbieter womöglich sogar existenzbedrohende Einnahmeverlusten.

Die Auswirkungen der Krise auf den Mediensektor gibt Anlass zur Sorge.

Denn als Gemeinschaft, ja als demokratische Gesellschaft

brauchen wir

eine unabhängige und

möglichst vielfältige Medienlandschaft.

Wir werden deshalb auf jeden Fall

den bereits angekündigten

Fonds zur Förderung des Lokaljournalismus einrichten

und über weitere Maßnahmen nachdenken.

Auch für den **Sport- und Jugendbereich**

wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen,

Regelwerke angepasst,

und Hygienematerialien verteilt.

Außerdem haben wir uns

aktiv an der Ausarbeitung der zahlreichen Protokolle

zur Wiederaufnahme von Aktivitäten beteiligt.



Das ostbelgische **Ehrenamt**

hat bei der Krisenbewältigung, wie so oft,  
eine besonders wichtige Rolle gespielt.

Viele Menschen haben sich engagiert,  
haben dort geholfen, wo Not am Mann war.

Wir haben sie selbstverständlich überall dort zu unterstützen versucht,  
wo uns das möglich war.

So haben wir beispielsweise den Versicherungsschutz für Ehrenamtliche  
auf die Corona-Helfer ausgeweitet.

**Die lokalen Behörden**

stehen in diesen Krisenzeiten  
an vorderster Front.

Um ihnen zu helfen,  
genehmigte das Parlament  
im Zuge der ersten Haushaltsanpassung  
für das Jahr 2020  
eine zusätzliche **finanzielle Unterstützung**

**in Höhe von 1,2 Mio. EUR.**

Im kommenden Jahr wollen wir  
unseren Gemeinden und ÖSHZ  
eine weitere Unterstützung in Höhe von 1,2 Mio. EUR  
zukommen lassen.

**Die DG gewährt den lokalen Behörden  
also eine sehr viel größere finanzielle Unterstützung  
als alle anderen Gliedstaaten in Belgien.**

Kolleginnen und Kollegen,

Zu den Maßnahmen des Nationalen Sicherheitsrates gehörte leider  
gleich zu Beginn der Krise  
die Einführung von **Grenzkontrollen.**

Da war ein tiefer, schmerzhafter Einschnitt  
in die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten  
der Menschen in den Grenzregionen,  
wo Landesgrenzen im Alltag  
so gut wie keine Rolle mehr spielen.

Die DG hat sich frühzeitig dafür eingesetzt,  
die Reisebeschränkungen zu lockern  
und die Grenzkontrollen aufzuheben.

Unter anderem wurde eine **DG-EU-Arbeitsgruppe** eingerichtet,  
mit dem doppelten Ziel,  
erstens Lobbyarbeit zu leisten,  
um die Grenzen wieder zu öffnen  
und zweitens Informationen auszutauschen,  
um europäische Finanzmittel nutzen zu können.

Der AG gehören neben Vertretern der Regierung und der EMR  
unser Vertreter im EU Parlament, Pascal Arimont,  
und unser Vertreter im AdR, Karl Heinz Lambertz an.

Die AG hat zudem eng  
mit unserer Vertreterin im föderalen Parlament, Katrin Jadin  
zusammengearbeitet.

Unsere parteiübergreifenden Anstrengungen  
sind mittlerweile sehr erfolgreich.

Die Liste der sog triftigen Gründe,  
die einen Grenzübertritt erlaubten,  
wurde zwischen März und Mitte Juni  
dank unserer Lobbyarbeit  
stetig ausgeweitet und mit unseren Nachbarn harmonisiert.

Am 6. Mai konnte  
nach unzähligen Interventionen  
im NSR der Grundsatzbeschluss  
erwirkt werden,  
alle grenzüberschreitenden Reisen wieder zu erlauben,  
die auch in Belgien erlaubt sind.

Am 30. 05. hat der Konzertierungsausschuss dann unseren Vorschlag  
angenommen,  
wieder grenzüberschreitende Familienbesuch und Einkäufe zu erlauben.

Und am 15. Juni wurden die Reisebeschränkungen  
wieder vollständig aufgehoben.

Die schrittweise Öffnung der Grenzen  
ist das Verdienst unserer parteiübergreifenden Zusammenarbeit

in Ostbelgien.

Die EU hat in diesem Zusammenhang bereits zwei Chancen verpasst:

1. Auf eine globale Krise wurde nicht mit europäischem Zusammenhalt, sondern mit Grenzschließungen reagiert.

2. Die EU-Mitgliedsstaaten haben ihre Exitstrategien nicht miteinander und nicht aufeinander abgestimmt.

Das hat Vorurteile bestärkt,  
und das Vertrauen der Bevölkerung  
in die Maßnahmen beschädigt.

Für uns steht mit Blick auf die Zukunft fest,  
Grenzschließungen dürfen  
auch bei steigenden Infektionszahlen  
keine Option mehr sein.

Seit Beginn der Krise  
sucht die Regierung der DG  
proaktiv den **Austausch mit allen Nachbarn.**

Die exzellenten Beziehungen zu unseren Nachbarn  
haben nicht nur dazu beigetragen,  
die schrittweise Wiedereröffnung der Grenzen zu beschleunigen.

Die Außenbeziehungen der DG  
waren und sind auch eine Bereicherung  
für das innerbelgische Krisenmanagement,  
weil wir über unser breites Netzwerk  
viele gute Beispiele aus anderen europäischen Regionen  
in die innerbelgische Diskussion einbringen können.

Das wird von den Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrats  
ausdrücklich anerkannt.

Kolleginnen und Kollegen,  
mittlerweile konnte die **Verbreitung des COVID-19-Virus**  
in unserem Land  
wesentlich eingedämmt werden.

Den wohl größten Anteil an diesem Erfolg  
haben alle Bürgerinnen und Bürger,  
die mit Verantwortungsbewusstsein und Mitmenschlichkeit  
dazu beigetragen haben,  
die Anzahl neuer Infektionen  
über viele entbehrensreiche Wochen  
zu verringern.

Ihnen allen gilt unser Dank.

Danke für Ihre Einsatzbereitschaft,  
ihr Durchhaltevermögen  
und Ihre Solidarität.

Die Einhaltung und Umsetzung  
der Vorgaben des Nationalen Sicherheitsrates  
haben eine Abflachung der Infektionskurve ermöglicht.

Natürlich lässt sich nicht mit absoluter Sicherheit sagen,  
wie sich die Epidemie ohne Lockdown entwickelt hätte.

Die Sterbefälle,

die glücklicherweise verhindert wurden,  
die sieht man nicht.

Mehrere Studien belegen jedoch inzwischen:

Durch den Lockdown konnte  
der Zusammenbruch des gesamten  
Krankenhauswesens verhindert werden.

Ja, ein solcher Lockdown hat Folgeschäden,  
sogar erhebliche Folgeschäden  
nicht nur für die Wirtschaft  
sondern auch für die Psyche des Einzelnen  
und für unser gesellschaftliches Zusammenleben.

Das dürfen wir nicht übersehen und nicht verschweigen;

Aber er hat uns ganz sicher  
vor noch sehr viel größerem Leid bewahrt.

In vielen Bereichen hat Corona tiefe Spuren hinterlassen.

Neben dem sanitären Notstand  
hat die Pandemie **wirtschaftliche Konsequenzen**



von dramatischem Ausmaß.

Für Belgien wird mittlerweile ein Absturz des BIP um 10,5 % vorhergesagt.

Das ist die mit Abstand grösste Rezession seit den 1930 Jahren.

Auf unserem Portal Ostbelgien Statistik haben wir mittlerweile erste **Monitoring-Berichte der ostbelgischen Wirtschaft** veröffentlicht.

Bei einer Betriebsumfrage gaben beinahe drei Viertel der ostbelgischen Unternehmen an, im Monat Mai im Vergleich zum Vorjahresmonat Umsatzeinbußen zu verzeichnen.

Fast jeder fünfte Betrieb verlor mehr als 75% seines Mai-Umsatzes 2019.

19% der Arbeitnehmer in der DG waren von Kurzarbeit betroffen.

Das sind erhebliche Einschlüge.

Auch die **finanziellen Auswirkungen**

auf den Haushalt unserer Gemeinschaft  
sind erheblich.

Die CORONA-bedingten **Einnahmenverluste** der DG  
in diesem und im kommenden Jahr  
belaufen sich den aktuellen Prognosen zufolge  
auf **42 Millionen EUR**.

Trotz dieser Einnahmenverluste  
stellte die DG bislang insgesamt **38,5 Mio. EUR**  
**für Hilfsmaßnahmen** zur Verfügung –  
das entspricht fast 10% eines Jahreshaushaltes.

Aufgrund der enormen Finanzbedarfe zur Bewältigung der Krise  
haben wir uns bemüht,  
vielfältige **Finanzierungsquellen** zu aktivieren.

So konnte beispielsweise mehr als 1 Million EUR  
aus dem **Europäischen Sozialfonds**  
für die Finanzierung unserer Maßnahmen genutzt werden.

Zudem beteiligen sich ostbelgische Einrichtungen

an krisenbezogenen **EU-Interreg-Projekten**.

Über diesen Weg werden weitere 2,8 Millionen EUR  
in unsere Gemeinschaft fließen.

Bereits heute kann man sagen:

Corona wird einen großen Einfluss  
auf die weitere Zukunftsgestaltung unserer Gemeinschaft haben.

Wir werden sicherstellen müssen,  
dass es in unserer Gemeinschaft  
auch nach der Krise menschlich und solidarisch zugeht;

dass die Menschen auch in Zukunft  
gute Schulen besuchen  
und auf ein vielfältiges kulturelles, touristisches  
und sportliches Angebot zurückgreifen können;

dass unsere Krankenhäuser, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen  
diese Krise überleben.

Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun,  
damit es in unserer Gemeinschaft auch nach Corona  
genügend Kinderbetreuungsplätze gibt,  
ausreichend Plätze in Wohn- und Pflegezentren  
und häusliche Hilfen zur Verfügung stehen.

Wir werden nicht zulassen,  
dass diese Krise  
die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens zerstört.

Gleichzeitig müssen wir jetzt schon  
**neue Weichen für die Post-Corona-Zeit stellen.**

Die Regierung ist dabei zu überprüfen,  
wie unser REK und LAP durch Corona beeinflusst werden.

Wir haben das Ministerium damit beauftragt,  
**den Fortschrittsbericht des REK zu aktualisieren**  
und gemeinsam mit der organisierten Zivilgesellschaft  
Vorschläge für ein **angepasstes Leitbild** zu unterbreiten.

Daran wird zurzeit sehr intensiv gearbeitet.

Im 2. Halbjahr 2020 und im 1. Halbjahr 2021

werden wir dazu zahlreiche Klausurtagungen organisieren  
und  
einen **umfangreichen Dialog** führen,  
um die richtigen Lehren aus dieser Krise zu ziehen.

Darauf werden wir in unserer Regierungserklärung  
im September ausführlicher eingehen.

Kolleginnen und Kollegen,  
in einer repräsentativen Forsa-Umfrage  
gaben kürzlich 83% der Einwohner unserer Gemeinschaft an,  
trotz Krise  
optimistisch bis sehr optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Das macht uns Mut.

Gleichzeitig blicken 17% der Befragten eher pessimistisch in die Zukunft.

Die Weiterentwicklung der Wirtschaft  
sehen gar 33% der Befragten als beunruhigend an.

Diese besorgten Stimmen müssen Gehör finden.

Mit diesen Sorgen müssen wir uns auseinandersetzen.

78% der Befragten gaben an,  
mit dem Krisenmanagement der DG  
zufrieden bis sehr zufrieden zu sein.

Für diese Zustimmung sind wir sehr dankbar.

Hingegen sind 19% der Befragten  
mit dem Krisenmanagement der DG unzufrieden.

Auch mit deren kritischen Rückmeldungen  
wollen wir uns beschäftigen.

Im breiten Dialog wollen wir uns weiterhin  
das Vertrauen der Menschen verdienen.

Die Regierung hat in den letzten Monaten  
ganz bestimmt nicht alles richtig gemacht.

Für den Umgang mit dieser Krise gab es leider keine Blaupause,

an der wir uns hätten orientieren können.

Wir mussten sehr häufig improvisieren  
und in unglaublich kurzer Zeit  
weitreichende Entscheidungen treffen.

Wir mussten häufig unbekannte Wege beschreiten  
und auf sich ständig verändernde Entwicklungen  
sehr kurzfristig reagieren.

In einer solchen Situation werden Fehler gemacht.

Ich fürchte, das ist unvermeidbar.

Ich versichere Ihnen aber,  
dass wir jeden Tag uns Bestes geben  
und uns jederzeit unserer Verantwortung bewusst sind.

Das gilt nicht nur für die Mitglieder der Regierung  
sondern für alle Beschäftigten im Unternehmen DG.

Die Regierung begrüßt ausdrücklich

die Einsetzung eines Sonderausschusses,  
der die Vorgänge dieser Krisenmonate aufarbeiten  
und daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen wird.

Die Regierung wird dem Ausschuss selbstverständlich  
Rede und Antwort stehen  
und alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.

Diese Krise ist noch nicht überwunden.

Es bleibt noch sehr viel zu tun, um sie zu bewältigen.

Womöglich birgt die Krise aber auch langfristige Chancen.

Es wird darauf ankommen,  
diese Chancen zu erkennen und zu nutzen.

Es wird darauf ankommen,  
die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen  
und unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen.

Dieser Aufgabe wird sich die Regierung weiterhin stellen.



Wir bleiben bei unserer Überzeugung:

Wir werden diese Krise überstehen!

Ostbelgien wird diese Krise überstehen!

Ostbelgien wird auch nach der Krise eine lebenswerte Region sein,

mit konkreten, reichhaltigen Lebensperspektiven

für jeden einzelnen Einwohner.

Dafür zu sorgen, das ist unser Anspruch;

das ist unser gemeinsamer Auftrag in Parlament und Regierung.